

Mieten: Keine Entspannung

An den Mietwohnungsmärkten ist weiter keine Entspannung in Sicht. Und nach wie vor gilt, dass insbesondere das Umziehen teurer wird: Die Angebotsmieten im Bestand stiegen 2022 laut ZIA-Frühjahrgutachten bundesweit mit 5,2 Prozent stärker als in den Vorjahren. In den kreisfreien Städten haben sie sogar um 5,9 Prozent (West) bzw. 5,7 Prozent (Ost) angezogen.

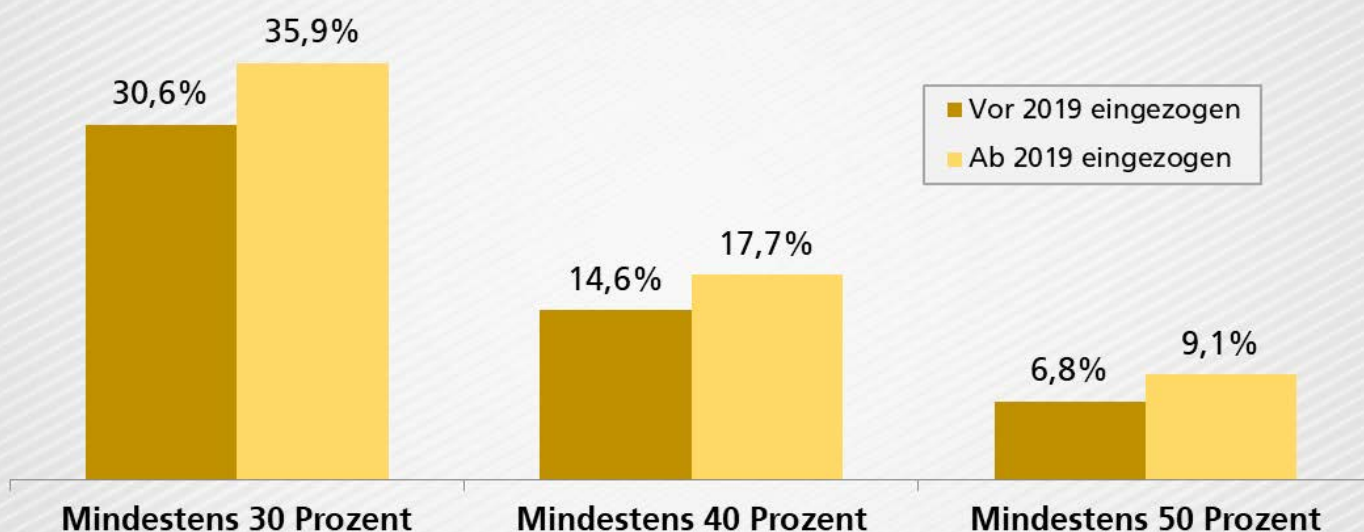
Dabei sind schon heute viele Haushalte von ihren Mietkosten überlastet. 2022 mussten laut Statistischem Bundesamt fast 15 Prozent aller vor 2019 eingezogenen Mieterhaushalte mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für die Bruttokaltmiete ausgeben. Bei Haushalten, die ab 2019 eingezogen sind, sind es fast 18 Prozent. Hier schlagen sich die deutlich höheren Mieten

bei neuen Verträgen nieder. Besonders betroffen sind Haushalte in Großstädten, mit kleinem Einkommen sowie Ein-Personen-Haushalte. Strom, Gas und Wasser sind in diesen Zahlen noch gar nicht berücksichtigt!

Die Bundesregierung hat das Wohngeld angehoben und für mehr Haushalte zugänglich gemacht. Und sie plant, eine Wohngemeinnützigkeit wieder einzuführen. Dann bekommt öffentliches Geld, wer seine Renditen begrenzt und Mieten dauerhaft niedrig hält. Beides ist richtig – aber es reicht nicht. Wir brauchen eine striktere Begrenzung der Mietpreise: Wir brauchen wirksamere Instrumente gegen galoppierende Mieten – und zwar in allen angespannten Mietwohnungsmärkten bundesweit.

Mietbelastung: Wer umzieht, zahlt mehr Anteil der Mieterhaushalte, deren Bruttokaltmiete mindestens 30, 40 bzw. 50 Prozent des Einkommens beträgt, 2022

ver.di



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung. Ohne verbrauchsabhängige Nebenkosten.

